

Niederschrift

über die 13. Sitzung des Integrationsausschusses am Mittwoch, dem 22.05.2019 im großen Sitzungssaal des Kreishauses I, Friedrich-Ebert-Straße 7, 48653 Coesfeld

Beginn: 16:30 Uhr

Ende: 17:50 Uhr

Anwesenheit:

**CDU-Kreistagsfraktion**

Kleerbaum, Klaus-Viktor  
**Ausschussvorsitzender**

Lütkecosmann, Josef

Wenning, Thomas, Dr.

**SPD-Kreistagsfraktion**

Bednarz, Waltraud

**UWG-Kreistagsfraktion**

Lunemann, Heinz Jürgen

**Beratende Mitglieder:**

**Familien-Partei**

Töllers, Hubert

**Weitere beratende Mitglieder:**

Schulze Pellengahr, Christian, Dr.  
**Landrat**

Merschhemke, Valentin  
**Vorsitzender des Ausschusses für Schule,  
Kultur und Sport**

Schäpers, Margarete  
**Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit,  
Soziales, Senioren und Gesundheit**

Wobbe, Ludger  
**Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses**

**Verwaltung**

Schütt, Detlef  
Dreier, Bodo  
Malberg-Gerle, Valerie  
Hölscher, Anja  
Schröer, Timo  
**Schriftführer**

**Gäste**

Murad, Qasim  
Hajjhashemi, Nima

Der Ausschussvorsitzende Klaus-Viktor Kleebaum eröffnet die Sitzung des Integrationsausschusses mit Grußworten an die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung, die eingeladenen Gäste, die Presse und die Zuhörer.

Sodann stellt der Ausschussvorsitzende fest, dass der Ausschuss

- a) ordnungsgemäß geladen und
- b) gem. § 34 KrO i. V. m. § 41 KrO beschlussfähig ist.

Es wird sodann nach der folgenden Tagesordnung beraten und beschlossen:

#### Tagesordnung:

##### Öffentlicher Teil

- 1 Multiplikatorenschulung politische Bildung, Projekt "Jugendliche ohne Grenzen"  
Vorlage: SV-9-1395
- 2 Bericht der Verwaltung zur aktuellen Situation zum Asyl-, Flüchtlings- und Integrationsgeschehen im Kreis Coesfeld und personelle Situation des Kommunalen Integrationszentrums  
Vorlage: SV-9-1396
- 3 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates
- 4 Anfragen der Ausschussmitglieder

##### Nichtöffentlicher Teil

- 1 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates
- 2 Anfragen der Ausschussmitglieder

Es erfolgten keine Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates oder Anfragen der Ausschussmitglieder im öffentlichen und nichtöffentlichen Teil.

**TOP 1 öffentlicher Teil**

SV-9-1395

**Multiplikatorenschulung politische Bildung, Projekt "Jugendliche ohne Grenzen"**

Der Ausschussvorsitzende Kleebaum begrüßt die beiden Gäste und Teilnehmer am Projekt „Jugendliche ohne Grenzen“ (JoG) Nima Hajihashemi und Qasim Murad herzlich im Namen der Mitglieder des Integrationsausschusses.

Herr Kleebaum übergibt das Wort zunächst an Herrn Dreier, den Leiter des Kommunalen Integrationszentrums. Herr Dreier erinnert an die verschiedenen Gelegenheiten, bei denen im Integrationsausschuss über das Projekt „Jugendliche ohne Grenzen“ bereits berichtet worden sei. Das Projekt sei 2017 in Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) ins Leben gerufen worden. Im Projekt würden junge Erwachsene mit internationaler Familiengeschichte zu Multiplikatoren ausgebildet. Sie lernten, wie sie für andere Zugewanderte als Ansprechpartner\*innen in ihren Städten und Gemeinden fungieren und die Interessen der Geflüchteten vertreten können. Im Rahmen von Workshops und Exkursionen beschäftigten sie sich u.a. mit der parlamentarischen Demokratie, dem Föderalismus und der deutschen Geschichte sowie mit der Stärkung ihrer Kompetenzen z.B. durch Training der rhetorischen Fähigkeiten bei Veranstaltungen oder Vorstellungsgesprächen.

Nachdem die KAS die Anschubfinanzierung des Projektes unterstützt hatte, sei diese mittlerweile planmäßig aus dem Projekt ausgestiegen. Auch mit den beiden ehemaligen Projektleitern arbeite das KI nun nicht mehr zusammen. Stattdessen sei das Projekt nun vollständig in der Hand des KI. Die Betreuung des Projekts habe die Mitarbeiterin Frau Malberg-Gerle übernommen, die sich bei dieser Gelegenheit dem Integrationsausschuss vorstellt.

Danach übergibt Herr Dreier das Wort an den Projektteilnehmer Herrn Murad, der sich den Ausschussmitgliedern ebenfalls bekannt macht. Er komme ursprünglich aus dem Irak und sei seit August 2015 in Deutschland. Er sei der Gemeinde Rosendahl zugewiesen worden und lebe seitdem in Darfeld. Seit 2017 engagiere er sich bei JoG und im KI und helfe außerdem anderen Geflüchteten in seinem Wohnort im Auftrag des Caritasverbandes. Er habe bereits eine Einstiegsqualifizierung (EQ) in einem Betrieb begonnen, diese jedoch nach über einem halben Jahr wieder abbrechen müssen, da ihm mitgeteilt worden sei, dass seine Deutschkenntnisse angeblich leider noch nicht ausreichend seien. Er zeigte sich sehr enttäuscht über den Umgang des Unternehmens mit ihm. Sofern die Deutschkenntnisse ein Hindernis gewesen wären, hätte man ihm das seiner Meinung nach früher mitteilen müssen. Sein persönliches Ziel für die Zukunft sei es, Deutschland dauerhaft seine Heimat nennen zu können und sich hier ein Leben aufzubauen. Er wolle Teil der Gesellschaft werden. Hierzu gehöre für ihn auch die berufliche Integration als wichtiger Bestandteil.

Der zweite Projektteilnehmer, Herr Hajihashemi, stellt sich anschließend vor. Er stamme aus dem Iran und sei ebenfalls seit 2015 in Deutschland. Aktuell lebe er in Lüdinghausen. Im Iran habe er Informatik studiert, in Deutschland suche er aber aktuell noch nach einer Arbeit, einer Ausbildung oder einem Studienplatz. Wie Herr Murad sei er seit 2017 bei JoG aktiv. Er beteilige sich auch an NRW- und bundesweiten Projekten. Einen Dank richtet er an das KI und die KAS für die Etablierung des Projektes im Kreis Coesfeld. Im Rahmen des Projekts habe er

bereits viele Seminare besuchen dürfen und außerdem an Reisen, zum Beispiel nach Berlin in den Bundestag, teilgenommen. Dort habe unter anderem auch ein Treffen mit dem Bundestagsabgeordneten Herrn Henrichmann stattgefunden. Er habe in dieser Zeit bereits viel gelernt, wolle sein Wissen aber noch erweitern. Auch Herr Hajjhashemi berichtet über Probleme in Verbindung mit der Suche nach einem Ausbildungs- bzw. Studienplatz. Er habe den Eindruck gewonnen, dass viele Flüchtlingsberater in den Städten und Gemeinden und bei den Wohlfahrtsverbänden vor allem Hilfen bei „einfachen“ Problemen anbieten könnten, aber nicht unbedingt in der Lage seien, kompliziertere Sachverhalte zu bewältigen. Die Suche nach einem Ausbildungsplatz gehöre nach seiner persönlichen Einschätzung zu einer solchen komplexeren Aufgabe. Es fehle s. E. insgesamt an professionellen Beratern, weshalb wichtige Informationen gar nicht oder erst sehr spät bei den betroffenen Personen ankämen. Außerdem habe er Probleme mit Alltagsrassismus erlebt. Beispielsweise sei er in einem Fitnessstudio mit der Begründung, dass das Studio keine weiteren Mitglieder aufnehme, abgelehnt worden. Gleichzeitig habe es aber Werbemaßnahmen gegeben, bei denen weitere Mitglieder gesucht worden seien.

Nach der Vorstellung von Herrn Hajjhashemi skizzieren die beiden Projektteilnehmer die geplante Zukunft von JoG. Es sei geplant, weitere Ortstreffen durchzuführen und sich mit anderen Organisationen zu vernetzen. Auch Seminare und weitere Qualifizierungsangebote sollen durchgeführt werden. Die Entwicklung von Selbständigkeit sei eines der zentralen Ziele des Projekts. JoG biete außerdem eine selbst konzipierte und erstellte Ausstellung an, die bereits in verschiedenen Schulen und an anderen öffentlichen Orten präsentiert worden sei. Insbesondere die Schülerinnen und Schüler hätten großes Interesse an der Ausstellung gezeigt. Darüber hinaus gingen einige Teilnehmer JoG's auch in den Unterricht und berichteten von ihrer Fluchtgeschichte. Dadurch entwickelten sich z.T. sehr persönliche Gespräche mit den Schülerinnen und Schülern.

Ausschussvorsitzender Kleerbaum bedankt sich bei den beiden Gästen für die ausführliche und informative Berichterstattung. Er bittet die Ausschussmitglieder darum, Fragen zu stellen.

Ktabg. Lütkecosmann bemängelt, dass die beiden Projektteilnehmer trotz ihres offensichtlich großen Engagements und ihrer guten Vorbildung große Probleme hätten, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Ihre relativ große Nähe zu den bestehenden Unterstützungssystemen hätte ihnen beiden in dieser Hinsicht nicht viel genutzt. Da dränge sich die Frage auf, ob und welche Fehler hier im Regelsystem der Ausbildungs- und Arbeitsvermittlung vorliegen könnten.

Herr Dreier fragt Herrn Murad, ob er bereits Kontakt zum „Jobcoach“ des Havixbecker Modells in Rosendahl gehabt habe. Herr Murad berichtet von einem einzelnen Kontakt. Daraus habe sich aber nichts weiter ergeben. Er wüsste allerdings von einer ehrenamtlichen Helferin in Rosendahl, welche zwei geflüchteten Menschen eine Ausbildungsstelle vermittelt habe.

Landrat Dr. Schulze Pellengahr erklärt, dass die Berichte der beiden Projektteilnehmer sich mit vielen Rückmeldungen anderer Betroffener dahingehend deckten, dass eine Vermittlung in Praktika und Probearbeit häufiger gelinge, später aber jedoch die Sprachkompetenz angeblich nicht (mehr) ausreiche, um einen regulären Ausbildungs- und Arbeitsvertrag zu erhalten. Es stelle sich natürlich die Frage, ob es sich hierbei um einen vorgeschobenen Grund handeln könnte oder ob die deutsche Sprachvermittlung auch Mängel aufweise. Man müsse sicherlich noch mehr mit den Unternehmen ins Gespräch kommen, um die gegenseitige Er-

wartungshaltung zu evaluieren und auch um pragmatische Lösungen für mögliche Probleme während eines Praktikums oder einer Ausbildung zu finden.

Ausschussvorsitzender Kleerbaum vermutet auch in den oftmals für Betroffene sehr kompliziert erscheinenden Zuständigkeitsregelungen eine zusätzliche Problematik. Beteiligte Institutionen wie Arbeitsagentur, Jobcenter des Kreises, Jobcenter oder Sozialämter der Städte und Gemeinden, Betriebe, Berufsschule, Handwerkskammer, Ausländerbehörde, Sprachkursträger usw. müssten ihren Focus mehr auf die Hilfe für den einzelnen Menschen ausrichten und weniger in begrenzten Zuständigkeiten denken. Herr Dreier unterstützt Herrn Kleerbaum ausdrücklich in dieser Aussage und erinnert an die Entwicklungskonferenz in Olfen im vergangenen Jahr. Diese habe genau den Zweck verfolgt, die Akteure in den haupt- und ehrenamtlichen Diensten sensibel dafür zu machen, mehr „vom Kind, von der Familie oder vom Neuzugewanderten“ zu denken und institutionelle Interessen in den Hintergrund zu stellen.

Ktabg. Lütkecosmann hält eine „1-zu-1 Betreuung“ für das einzig effektive Mittel, um geflüchtete junge Menschen gezielt bei der Suche nach einer Ausbildungsstelle oder einem Arbeitsplatz zu unterstützen. Herr Dreier erläutert hierzu, dass die Mittel aus dem Landesprogramm „gemeinsam klappt's“ voraussichtlich auch für ein solches Einzelcoaching oder eine entsprechende Begleitung genutzt werden könnten. In der nächsten Sitzung des Ausschusses sei es vermutlich möglich, diesbezüglich eine präzisere Aussage zu treffen.

Dez. Schütt teilt mit, dass er die Berichte der beiden Projektteilnehmer zum Anlass nehmen werde, das Gespräch mit dem Jobcoach in Rosendahl sowie mit den Fallmanagern der beteiligten Jobcenter zu suchen. Man müsse bestehende Probleme offen ansprechen und Verbesserungsmöglichkeiten erarbeiten. Die Fallmanager bei den Jobcentern seien gut für ihre Tätigkeit ausgebildet. Dieses könne natürlich nicht verhindern, dass es in Einzelfällen trotzdem zu Problemen komme. Auch an die Unternehmen müsse man vermehrt herantreten und diese bei eindeutigem Fehlverhalten gegebenenfalls zukünftig von der weiteren Vermittlung ausschließen.

Ktabg. Bednarz stellt heraus, dass das Projekt JoG trotz der Misserfolge der beiden Teilnehmer am Arbeitsmarkt durchaus positive Aspekte biete. Sie stellt die Frage, wie viele Personen sich im Projekt engagierten und wie sich deren Lebenssituation darstelle. Herr Dreier erläutert, dass sich im Kreis Coesfeld ca. 25 Personen an dem Projekt beteiligten. Ein fester Kern von 12-15 Personen sei besonders aktiv. Die weit überwiegende Zahl der Teilnehmer hätte bereits eine Ausbildung begonnen (z.B. als Maler, Bürofachkraft etc.) oder würden aktuell noch zur Schule gehen. Herr Hajihashemi ergänzt, dass es sich um eine „offene“ Gruppe handle. Es kämen auch immer neue Personen dazu. Ktabg. Bednarz zeigt sich erfreut über diese insgesamt doch eher positive Entwicklung.

Ktabg. Töllers stellt die Frage, ob Personen nach der Vermittlung in ein Praktikum weitere Betreuung erhielten. Sinnvoll sei ein fester Ansprechpartner, der alle 6-8 Wochen eine Rückmeldung zum Praktikumsverlauf erhalte und bei eventuellen Problemen vermittelnd wirken könne. Landrat Dr. Schulze Pellengahr erklärt, dass dies von Fall zu Fall unterschiedlich sei. Es hänge von den verschiedenen Bedingungen des jeweiligen Einzelfalls ab, wie intensiv die Begleitung durch das jeweilige Jobcenter erfolge. Art, Dauer und auch der Ort des Praktikums spielten eine wichtige Rolle. So könne ein mehrmonatiges Praktikum in einer ortsansässigen Firma durch einen Jobcoach sicherlich besser begleitet werden als eine kurzzeitige Hospitation in einem Betrieb in einer Großstadt im Ruhrgebiet. Manche Großbetriebe hielten auch ei-

gene besondere Betreuungspersonen für Praktikanten und Auszubildende vor. Zudem sei hier auch das Ehrenamt sehr aktiv. Insgesamt unterstützt Herr Dr. Schulze Pellengahr das Anliegen des Ktabg. Töllers, Praktikanten angemessen zu begleiten, ggfs. auch von außen.

Der weitergehende Meinungsaustausch führt zu der einmütigen Feststellung, dass die berufliche Integration der Neuzugewanderten oftmals mehr Zeit benötige als es noch im Jahr 2015 erhofft oder sogar erwartet wurde. Die Unternehmen spielten hier auch eine entscheidende Rolle. Teilweise sollten sie sich grundsätzlich mehr für die „neuen Arbeitskräfte“ öffnen und auch „geduldiger zeigen“.

Ktabg. Dr. Wenning schlägt vor, in die nächste Sitzung des Integrationsausschusses Mitarbeiter\*innen eines Jobcenters einzuladen, um sich über die besprochene Thematik aus dessen Sicht berichten zu lassen. Die Ausschussmitglieder und die Verwaltung stimmen diesem Wunsch zu. Dez. Schütt sagt zu, sich um die entsprechende Einladung einer geeigneten Fachkraft zu kümmern.

Ktabg. Merschhemke schlägt vor, auch erneut eine/n Teilnehmer\*in von JoG zu einer der nächsten Sitzungen einzuladen. Dem Vorschlag wird ebenfalls allseits zugestimmt.

## **TOP 2 öffentlicher Teil**

SV-9-1396

### **Bericht der Verwaltung zur aktuellen Situation zum Asyl-, Flüchtlings- und Integrationsgeschehen im Kreis Coesfeld und personelle Situation des Kommunalen Integrationszentrums**

Ausschussvorsitzender Kleerbaum bittet Herrn Dreier, die wichtigsten Punkte aus der Sitzungsvorlage oder weitere aktuelle Sachverhalte zu skizzieren.

Herr Dreier berichtet darüber, dass einige der als Pilotprojekte gestarteten Maßnahmen des KI mittlerweile nach und nach ins Regelsystem überführt werden könnten. Als Beispiel nennt er die „Seiteneinsteigerberatung“, über die bereits in verschiedenen Sitzungen des Integrationsausschusses berichtet wurde, auch mit dem Tenor, dass Schulträger die Vorteile für sich und die Kinder nicht unbedingt sofort erkannten. Mittlerweile werde die Beratung aber z.B. in der Stadt Dülmen regelhaft für alle Schulformen durchgeführt. In der Stadt Coesfeld werde die Seiteneinsteigerberatung aktuell in der Primarstufe angeboten, eine Ausweitung auf die weiterführenden Schulen werde aber auch hier angestrebt.

Ein weiteres Beispiel sei das sogenannte Mercator-Projekt“. Hier würden Schüler\*innen mit internationaler Familiengeschichte in Kleingruppen von speziell dafür ausgebildeten Lehramtsstudierenden gefördert. Das Projekt werde in Kooperation mit dem Kreis Warendorf und der WWU Münster angeboten. Es solle im nächsten Jahr auch an weiteren Schulen im Kreis Coesfeld durchgeführt werden. Man benötige für die Verlängerung der Kooperationsvereinbarung mit der WWU im Herbst 2019 bis Ende 2020 Haushaltsmittel in Höhe von ca. 10.000 €.

Hinzu kämen noch die Honorarkosten für die Studentinnen und Studenten. Die Ausschussmitglieder zeigen sich mit dieser Finanzplanung unter Vorbehalt der noch ausstehenden Haushaltsaufstellung für 2020 einverstanden.

Herr Dreier berichtet von einer geplanten Veranstaltungsreihe des Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration (MKFFI). Im Rahmen eines sog. „Bürgerdialogs zum Thema Werte und Haltung“ sollen zunächst bis zum Sommer drei Veranstaltungen durchgeführt werden. Neben dem Kreis Coesfeld seien der Kreis Höxter sowie die Stadt Essen ausgewählt worden. Die Auswahl des Kreises Coesfeld sei aufgrund der im letzten Jahr durchgeführten Entwicklungskonferenz erfolgt. Diese habe sich explizit mit diesen Fragestellungen beschäftigt. Die Veranstaltung finde am 25.06.2019 um 18:30 Uhr im Clemens-Brentano-Gymnasium in Dülmen statt. Frau Güler, Staatssekretärin für Integration des Landes NRW, nehme für das MKFFI an der Veranstaltung teil. Die Öffentlichkeitsarbeit erfolge primär durch das Land NRW. Es sei eine öffentliche Veranstaltung, zu der alle Bürgerinnen und Bürger herzlich eingeladen seien, insbesondere natürlich die Mitglieder des Integrationsausschusses.

Herr Dreier weist außerdem auf die ausliegende Einladung und Tagesordnung für den Fachtag des KI am 12.06.2019 unter dem Motto „Haltung, Werte, Möglichkeiten – weiter auf dem Weg zu einer gelingenden Integration“ hin. Die Ausschussmitglieder seien auch dazu herzlich eingeladen.

Ausschussvorsitzender Kleerbaum bedankt sich bei Herrn Dreier für den Bericht. Er bittet darum, abschließende Fragen zu stellen.

Ktabg. Lütkecosmann bezieht sich auf die Daten des Kreisjobcenters in der Tischvorlage zu den Leistungsempfängern nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbIG). Er stellt die Frage, ob es eine Statistik gebe, wie viele von diesen Menschen über die Mittelmeer-Fluchtroute nach Deutschland und letztendlich in den Kreis Coesfeld gekommen seien. Landrat Dr. Schulze Pellengahr erklärt, dass ihm hierzu aktuell keine Übersicht bekannt sei. Dez. Schütt sichert zu, sich zu erkundigen und ggfs. die Daten in der nächsten Sitzung zu präsentieren.

Ktabg. Wobbe bezieht sich ebenfalls auf die Tischvorlage des Jobcenters, hier auf die Übergänge vom AsylbIG in das SGB II und weist darauf hin, dass es teilweise erhebliche Diskrepanzen zwischen den verschiedenen Städten und Gemeinden gebe. Dez. Schütt erklärt, dass hier vom Kreis nicht beeinflussbare Ursachen vorlägen. Abhängig von den Neuzuweisungen in die Städte und Gemeinden, von den erfolgreichen oder abgelehnten Asylanträgen und von der Dauer der jeweiligen Einzelfallentscheidung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge differenziere sich die jeweilige Anzahl der Rechtskreiswechsler.

Ausschussvorsitzender Kleerbaum stellt fest, dass es keine weiteren Fragen gibt. Er bedankt sich erneut bei den Gästen für ihren Bericht und erklärt die Sitzung des Integrationsausschusses für beendet.

---

Kleerbaum  
**Ausschussvorsitzender**

---

Schröer  
**Schriftführe**